



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Farbanschlag auf
Farbstreifen

Landesregierung
klagt auf Erhalt der
Stimmung

Gespanntes Warten
auf Diskussion an
anderer Stelle



Jena gewinnt
den Kampf
gegen die
Realität



Wird die Beteiligung der Jenaer Grünen am Widerstand eine intellektuelle sein?

Wie sich gerade herumspricht, hat die Chefin der Grünen Jugend geäußert, es sei darüber nachzudenken, ob der Widerstand gegen einen Wählerwillen-Faschismus nur intellektuell stattfinden könne.

Dann sagte sie auch noch etwas von Waffen, das wird ihr nun entgegengehalten, das lässt sich natürlich so auslegen, als hätte sie zum Verstoß gegen Waffenverbotszonen aufgerufen.

Was sagen nun die Jenaer Grünen, wollen die zum Widerstand intellektuell beisteuern? Dies fragten wir bei ihnen an. Wir wollen uns ja nicht nachsagen lassen, nur den Fakt zu verbreiten in manipulativer Absicht und eine Kampagne zu betreiben.

Wir dachten uns, wenn irgendwo die intellektuelle Kraft der Grünen in der Selbsteinschätzung reicht, dann in Jena.

Wir erhielten zur Antwort: „Als

Grüne in Jena richten wir unsere politische Arbeit nicht danach aus, gegen eine einzelne Partei zu sein. Wir treten für etwas ein: für eine sozial gerechte Stadt auf einem bewohnbaren Planeten, für den Schutz von Menschen vor den Folgen des Klimawandels und der um sich greifenden Menschenfeindlichkeit, für die Demokratie.

Natürlich stellen wir uns mit dem Einsatz für Vielfalt und Demokratie auch klar gegen Rechtsextremismus. Dieser findet sich jedoch nicht allein bei einer Partei, und



somit wäre ‚der Widerstand‘ gegen eine einzelne Partei, wie jetzt mancherorts aus dem Interview von Jette Nietzard mit radioeins zitiert wird, auch nicht allein zielführend. Nichtsdestotrotz sind die wachsende Verunsicherung der Bevölkerung und die Suche nach einfachen rechtspopulistischen Antworten ein großes Problem. Wir möchten verstehen, warum Menschen diesen vermeintlichen Antworten glauben – und dieser Ablehnung eine positive Zukunftshoffnung gegenüberstellen.

Dass Widerstand im Ernstfall das letzte Mittel ist, Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen, ist sicher unumstritten. Wir konzentrieren uns jedoch darauf, dafür zu sorgen, dass es nicht so weit kommt, und freuen uns, wenn Sie dabei an unserer Seite stehen. Vielleicht haben wir ja auch einmal die Möglichkeit, persönlich darüber zu sprechen? ●

Satanische Farbe

Ein gerade erst neu eingerichteter magischer Ort eines Kultes, den Intolerante als Aberglaube abtun, der aber nun mal unter den grundgesetzlichen Schutz religiöser Gefühle fällt, wurde beschädigt und somit vorübergehend entweiht.

Die Streifen in den Spektralfarben von Weiß auf der Carl-Zeiß-Straße, von denen es heißt, wer sie betritt, wird vielfältig und tolerant, wurden mit asphaltfarbiger Farbe beschmiert und damit der Wirkung beraubt.

Das ist was anderes als eine Alltagsschmiererei an den Hauswänden, wo es um die Bewertung von Polizisten geht oder Solidarität mit eingekerkerten Gewalttätern, hier geht es gegen die Werte.

Das Milieu, das sich einreden lässt, Vorlieben und Praktiken, insbesondere die sexuellen, wären die Identität eines Menschen und eine staatliche Angelegenheit, findet sich in der Lokalpresse sichtbar gemacht. Die Lokalredakteurin befindet sich dazu, wer den Regenbogenweg beschmierte, wünsche sich das Gegenteil von Vielfalt: Homogenität, „wobei: Alles mit ‚Homo‘ dürften die Schwarzmalen ablehnen. Nennen wir es Streben nach Eintönigkeit.“

Wie sie das wohl recherchiert hat? Das weiß man eben, das ist Kenntnisstand, emotional abgesichert, so ist sie geschult, eben, weil die narzisstische Kränkung gegen das eigene Gefühl, seine Existenz durch den Schutz der Randgruppen begründet zu empfinden, den Affekt auslöst, der sich wie Wissen anfühlt. Wir behelligen sie nicht damit, sie danach zu fragen. Wir kennen eine wachsende Gruppe, die „Homo“ ablehnt, die wird sie sicher nicht gemeint haben.

Beim festgestellten Streben nach Eintönigkeit handelt es sich demnach um etwas anderes als die in der Zeitung vorzufindende Eintönigkeit, die nicht angestrebt ist, sondern einfach so unterläuft.

Die Restaurierung erfolgte unverzüglich. Wenn die Welt vorbeischaute, was soll sie sonst denken. ●

Palästinademo

Dreihundert Personen demonstrierten für Palästina, dem standen sechzig antimuslimisch rassistische Gegendemonstranten gegenüber. Das Verhältnis resultiert daraus, dass Jena mehrheitlich davon ausgeht, bei Solidarität mit der Hamas und Abwesenheit beim Musikfestival am 7. Oktober nicht abgeschlachtet zu werden.

Ladendiebe

In der Goethe-Galerie häufen sich Ladendiebstähle. Bei der Hitze kommt es zu blankliegenden Gemütern. Man könnte in den leerstehenden Ladenflächen Begegnungszentren einrichten, um nicht nur über die Ladendiebe zu reden, sondern mit ihnen. Über die mutmaßlichen Ladendiebe ist nicht bekannt, ob es so was früher auch schon gab und ob es auch andere hätten sein können, darum gab es keine Demonstrationen gegen Instrumentalisierung.

Kabelklau

Aus dem Campus-Rohbau wurden bereits verlegte Kabel gestohlen. Und da dachte man, die Ecke wird nach dem Abriss der vorherigen Bausubstanz weniger kriminell.

Kloprügelei

Im Paradiesklo eskalierte ein Streit zwischen einem Benutzer und einer Reinigungskraft. Zu denken ist nun an den Einsatz von Klolotsen zur Stärkung der präventiven Deeskalation.

Unerklärliches Flugobjekt

Ein Bahnreisender bemerkte über Jena-Nord ein längliches fliegendes Objekt. Im Zweifel ist es ein starkes Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit.



Können wir von der Lokalpresse erwarten, dass sie selber noch was merkt?



Die Ortszeitung bringt mehrspaltig eine Abgeordnete, die meint, es gebe einen erschreckenden Zuwachs von Straftaten aus dem ihr entgegengesetzten politischen Spektrum. Sie belegt das mit Vermutungen, denn neben den bekannten Zahlen gebe es Stammtische und andere Veranstaltungen, wo die gegnerische Partei nicht nur parlamentarisch die Demokratie angreift.

So Politgequatsche halt wie aus dem Parteilehrjahr. Die ist eben so, die macht ihren Job und kann nicht anders. Aber dafür ist sie gewählt, sie ist demokratisch legitimiert dafür, und sie kann den Rest ihres beruflichen Lebens nichts anderes mehr bewerkstelligen. Eine bedauernswerte Existenz, wenn man Bedauern übrig hat, das ist halt, womit sie reich geworden ist.

Das wäre, wie wenn der Landendiebstahllobbyist auf mehr gesprengte Geldautomaten hinweist.

Der Zeitungsmann, der alles tut, um den Anschein zu erwecken, diesem Milieu durch Verstrickung zugeneigt zu sein, bringt nun dazu ein Pressefoto, das politisch Krimi-

nelle zeigt, nur nicht welche von der aus ihrer Sicht gegnerischen Seite, sondern der eigenen. Aufgenommen vor einem Jahr, als ein Kandidat der Gegenpartei gehindert wurde, eine Wahlveranstaltung in Lobeda vorzunehmen, womit auch die Bürger gehindert wurden, den Kandidaten zu sehen und zu hören. Nötigung, Wahlmanipulation, hochkriminell, aber

eben von der politischen Kaste mit ihrem Personal, bei denen es kein Unrechtsbewusstsein geben kann.

Die Zeitung bringt das, wohl-gemerkt, nicht als Eulenspiegel-lei, nicht, um einen Kontrast zu setzen oder um den Lesern satirisch zuzuzwinkern. Die bringt das als Beleg für das, was andersherum desinformationelle Verschwörungstheorie wäre, die einem Faktencheck nur mühsam standhielte.

Womit wir bei der Frage ange-langt sind, ob wir der Zeitung und ihren Redakteuren nicht zu viel zumuten, wenn wir erwarten, die müssten so was von selber mer-ken.

Müssten sie nicht, können sie nicht und müssen sie demzufolge nicht. Ab einem gewissen Punkt der Ideologisierung ist eine getroffene Aussage nicht mehr von ihrer Parodie zu unterscheiden. Dieser Zustand ist erreicht. Da ist nichts mehr zu wollen. Aus eigener Sicht machen sie nichts falsch, sie üben ihre Funktion aus, die wider-spruchsfreie virtuelle Systematik der Herrschenden nach unten durchzukommunizieren.

Von den Lesern haben wir aber bis zum Beweis des Gegenteils eine höhere Meinung. Die können nicht alle so blöd sein, einfach, weil sie mehr sind. Es mag unter ihnen viele geben, zu denen die Zeitung passt. Aber es muss mehr geben, die nur keine andere Zei-tung zum Wechseln haben. ●



Jena ist überall, besonders in Jena

Der Theaterhausoberheini, wer immer das ist, wir Älteren haben viele kommen und gehen sehen, außer in letzter Zeit, wir gucken nicht mehr hin, der aktuelle also, der bekam ein ausführliches Kulturgespräch auf MDR-Kultur, im Programmhinweis kommt ein Ausschnitt, wo er sagt, Jena sei eine Oase, er habe in Apolda gegen steuerbord demonstriert und sei aus den Fenstern angefeindet worden.

Wir stacheln nicht dazu auf, aber wir hätten nur schwache Einwände anzubringen, wenn jemand sagt: Was für ein Trottel. Denkt, er kann als Theaterling den Leuten eine Ansage geben, was sie meinen sollen und was nicht, und hält keinen Gegenwind aus.

So könnte man es gar nicht sagen, ausgehalten haben musste er es ja. Keinen Gegenwind aushalten können laut Katrin Göring-Eckardt die Steuerborden. So meinte sie es in einer TV-Rederunde, Meinungsfreiheit bestünde, nur die halt begreifen es nicht.

Das ist wie gesagt die Stelle, mit der MDR-Kultur wirbt. Da soll man denken: das höre ich mir an. Und damit hat er wieder seine Bestätigung. Es ist nicht möglich, dass er sich hinterfragt, wer er ist und wie er denn eigentlich dazu kommt, dass er seine Passivhaltung als die vorschriftsmäßige performt.

Wir können es auch nicht nachprüfen, wie sehr die Leute an den Fenstern in Apolda dem Klischee entsprechen. Demjenigen, die das Geld erarbeiten, das an Theaterleute, Soziologen, Nichtregierungskorrupte und andere kulturschaffende Faul-

pelze umgeschichtet wird, von welchen sie sich dann die Teilhabe an der Arroganz leisten lassen durch Belehrung und Bevormundung, die durch nichts begründet ist als durch Konformität mit dem linksaristokratischen Hof.

Wir geben keinen Tipp ab, aber wenn Sie in die Situation kommen sollten zu wetten, dann ist die Wahrscheinlichkeit nicht größer als Null, dass dem sein Theater ganz genau so ist. Passt also zu Jena. Alle sollen hingehen.

Der Wahrscheinlichkeit entgegenstehende Erlebnisse lassen wir uns gerne berichten.

Wir hatten doch beim Büro von Katrin Göring-Eckardt angefragt, ob sie in die Führungsstruktur der Hammerbande vernetzt ist und ob sie beim Gefängnisbesuch in Ungarn gegenüber dem Mitglied

der schlagenden Verbindung die Warnung zum Ausdruck brachte davor, zu singen und über Kommandostrukturen auszupacken. Wir wollten dahingehende Verschwörungserzählungen entkräften.

Uns und Ihnen wurde leider nicht geantwortet, wo doch ein einfaches Nein genügt hätte.

Die Komplotterzählungen werden inzwischen immer abstruser. Manche behaupten, die fehlende Verbindung zwischen Katrin Göring-Eckardt und Hammerbande bestände im Grünen Haus, Schillergässchen, hier bei uns. Kommt natürlich von außerhalb, so ein haltloser Unfug.

Die linksgrüne Szene um Katrin Göring-Eckardt fühlt sich einfach irgendwie solidarisch mitverantwortlich, weil das Angeklagte im Verbotsirrtum gehandelt hat. Konnte nicht mit Strafe rechnen, mit keiner

richtigen, Jugendvollzug im Frauengefängnis, sitzt es auf einem Ei ab. Aber Ungarn, da ist es, wie die Budapester Zeitung schreibt: „Neben mehreren Gewaltverbrechen wurden ihm Drogenhandel und ein bewaffnet verübter Raub zur Last gelegt. T. verwies zu seiner Verteidigung auf die milden Strafen, die er für diese Vergehen in Deutschland erhalten habe. Die Antifa-Genossen im Publikum feixten angesichts dieser alten, ‚aufgewärmten‘ Geschichten – vermutlich wissen sie nicht, dass in Ungarn nach dem US-Vorbild ‚Three Strikes‘ Rückfalltäter besonders hart bestraft werden können.“

Ein Opfer der Gesellschaft durchweg. ●



Mario Voigt klagt gegen Oppositionsfraktion, um die Thüringer Stimmung zu erhalten



Wenn Sie doch noch davon hören, wovon Sie sonst nie etwas gehört hätten, sind Sie nunmehr informiert: Entgegen anderslautenden Darstellungen durch die Oppositionsfraktion hat die Landesregierung einen Gesundheitsgipfel durchgeführt, eine Kommission zur Sicherheit im Alter eingesetzt, den Pakt für Wachstum und Arbeitsplätze geschlossen, den Branchendialog Automobilindustrie wieder aufgenommen, eine Haushaltsstrukturkommission eingesetzt, eine Familien-App eingeführt.

Ja, da kommen Sie aus dem Staunen nicht heraus, und das sind nur die Sachen, von denen die Oppositionsfraktion fälschlicherweise in Umlauf brachte, die Regierung hätte die Zusagen nicht eingehalten.

So etwas wäre für eine Regierung ein fabelhafter Anlass, die Opposition parlamentarisch schlecht aussehen zu lassen: „Sie sollten sich erst einmal eingehend, bevor Sie, wir stellen Ihnen gern die nötigen,

höhö! Hat schon einen Grund, warum wir regieren und nicht Sie!“ Und die Zeitung brächte in Zeitungshalbgrammatik: „Opposition mit Wissenslücken, Regierung setzt auf gemachte Hausaufgaben, das steckt dahinter“.

Stattdessen lässt Mario Voigt die Sache an die unterlastete Justiz überstellen.



Das bedeutet entweder: Mario Voigt ist verrückt.

Oder die PR-Berater sind schon die übernächste Generation von Grünsozialisierten, denen es gar nicht mehr um die öffentliche Wirkung geht, sondern darum, innerhalb des Hofes ihre Position durch klare Positionierung zu stabilisieren. Da kommen Sie als Außenstehende gar nicht vor.

„Die aktuelle Klage hat daher das Ziel, die weitere Verbreitung falscher Darstellungen zu unterbinden und damit ein klares Zeichen für die Bedeutung von Wahrheit und Verantwortung in der politischen Debatte zu setzen.“ So heißt es in der Verlautbarung des Chefs der Thüringer Staatskanzlei dazu. Bedeutung von Wahrheit und Verantwortung, dafür kann das Zeichen nicht klar genug sein, das sehen wohl alle so.

Er wolle es der Opposition „nicht durchgehen lassen, die Stimmung im Land mit Falschaussagen kaputt zu machen.“

Die Stimmung im Land?

Welche jetzt genau?

Dies fragten wir bei der Pressesprecherei an und baten um die ergänzende Mitteilung, was beziehungsweise wie aus Sicht der Landesregierung die Stimmung im Land ist, die durch Falschaussagen kaputtgemacht würde.

Dass die uns darauf nicht antworten, ist nachvollziehbar, es ist völlig gleichgültig, welche Stimmung verschlechtert und kaputtgemacht würde.

Kann auch sein, der Chef der Staatskanzlei recherchiert persönlich und verkleidet sich zum Beispiel als Bahnreisender, um sich unter die anderen Menschen am Bahnhof zu mischen und zu hören, was sie meinen. ●



Ist der Bischof rehabilitiert und können das alle?

Wir wollten uns eigentlich um diese Richterwahl-Angelegenheit thematisch harumwinden. Mit dem gesamten System können wir uns nun wirklich nicht anlegen, wir sind hier nicht die Olsenbande. Wenn es heißt, eine Kampagne von Steuerbord wolle die Kandidatin vernichten, so dass sie Professorin in Potsdam bleiben müsse, ist klar: das ist ein höchst linkes Ding, darum die Aggressivität von SPD und Grünen, darum hat Lars Klingbeil nicht die Option, einen Fußbreit in Richtung Kompromiss nachzugeben.

Es geht nicht darum, ob selbstbestimmten Frauen, die über ihren Körper entscheiden, aber vom Patriarchat geschwängert wurden, zugemutet werden kann, sich schon in den ersten Wochen zur Befreiung vom Fötus zu melden. Die Abtreibungsthematik ist eine ungewollte Nebensache, kam aus Amerika herüber, weil das dort noch ein Thema war, mit denen Linke den Wenigerlinken Dampf machen können. Das war nur bei uns der Punkt, wo sogar die Kirche in Teilen Panik bekam. Die schamlose TLZ-Gerlinde hat auch einem Bischof, der sich nicht parteikonform geäußert hatte, bescheinigt, sich besser herauszu-

halten aus Sachen, die ihn nichts angehen.

Es geht nicht um die Positionen, die wissenschaftlich anders ausgedrückt werden, als sie gemeint sind.

Es geht um die Umdeutung des Verfassungsrechts. Es muss juristisch klingen, aber es ist alles unter Kontrolle zu haben.

Das Senioren-Akrützel wird auch von Lesern aus der Zukunft gelesen, denen müssen wir darlegen, dass bisher die Verfassung nicht bestimmt, was die Bürger sollen, sondern was die Regierung darf, das Grundgesetz bietet Abwehrrechte gegen des Staat. Es ist folgerichtig, dass Linke sich etwas überlegen müssen, wollen sie ihre Machtphantasien nicht gebändigt sehen, das macht keinen Spaß.

Friedrich Merz ist so was von „alte Bundesrepublik“, er hält die SPD noch für prinzipiell vernunftfähig. Aus linker Sicht ist indes höchst rational, was getan wird, alles ist Machtfrage.

Die Agenda wird oft als Theorie missverstanden.

Wenn denen, die auf die Kandidatin geschaut haben, wie zuerst Apollo-News, angehängt wird, eine Kampagne unternommen zu haben und vom Ausland beeinflusst

zu sein, haben sie keine Möglichkeit, juristisch dagegen vorzugehen. Nach der Rechtslage vielleicht, nach der Rechtsprechung, wie sie Grünen und SPD vorschwebt, nicht. Am Ende entscheiden die Parteirichter.

Nun kam im MDR-Kultur-Frühstücksradio was dazu, der Moderator führt ein, Rechte/Rechtsextreme machen Stimmung gegen die Verfassungsrichter-Kandidatin. Im Beitrag heißt es, ein Bischof habe seine geäußerte Meinung nach einem persönlichen Gespräch mit ihr geändert.

Daher baten wir den Moderator um die ergänzende Mitteilung, ob damit der Bischof aufgehört hat, rechtsextrem zu sein.

Das wäre ja ein Ausweg für alle. Könnte die Spaltung der Gesellschaft durch Brückenbau überwinden.

Leider bekamen wir keine Antwort von ihm.

Er kann das vermutlich gar nicht entscheiden, er moderiert ja nur.

Die SPD wird weiterkämpfen, die absolute Macht ist greifbar nah. Da gibt es keine Verhandlungsmasse. Nur für die CDU, ob sie weiter existieren will und mitmachen darf, als was auch immer. Dem Bischof wurden die demokratischen Instrumente gezeigt.

Wer sich noch an die von Lenin festgelegten zwei Phasen der sozialistischen Revolution erinnert, weiß, wie es zu laufen hat, wer sich nicht erinnert, möge bitte zugucken, wir sind am Ende der Phase 1.

Wir haben es nicht nötig, so zu tun, als würden wir noch irgendeine Hoffnung darin setzen, die SPD könne durch die Lächerlichkeit ihres Führungspersonals im Machtdrang eingeschränkt werden. Behindert wird allenfalls die Fähigkeit, gute Ambitionen vorzutäuschen. Sie hat nichts zu verlieren außer den Ketten der Verfassung. Sie hat den Wählern nichts zu bieten als die Arroganz der Macht.

Wir haben es aber auch nicht nötig, den Anschein zu erwecken, Respekt vor der Aggressivität zu haben.

Die SPD kann uns Freiheit und Leben nehmen, die Ehre nicht. ●

Eine spannende Debatte ist angekündigt

Als der Bundeskanzler in Replik auf die Frage einer Oppositionspolitikerin Einblick in seinen Gewissenszustand gewährte, sagte er zuvor, er wolle gern gerade mit ihr, bei anderer Gelegenheit, über die Tragweite und Reichweite der Menschenwürde diskutieren.

Das ging etwas unter in der darauf folgenden Aufregung, ist aber eine gute Idee.

Darum baten wir bei der Regierungssprecherei und beim Abgeordnetenbüro von Friedrich Merz um die Auskunft, ob er seinerseits ihr einen Terminvorschlag dafür

macht oder ob er darauf wartet, von ihr ein Terminangebot zu erhalten.

Das wird bestimmt spannend, vielleicht schalten sie sich von ihren Urlaubsorten zusammen und man kann es im Live-Stream oder auf Phoenix sehen. Hoffentlich vergessen die das nicht, wir haben noch keine Antwort erhalten, wie der Bundeskanzler seine Führungsrolle in dieser Angelegenheit präsentiert. Dass er es tut, daran besteht kein geäußelter Zweifel, sonst heißt es, das war wieder nur so ein Merz. ●



Und die Jenaer CDU so?

Die Stimmung im Lande geht aufwärts, sagt der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende. Überall Aufbruch, so schnell habe es noch nie einen Stimmungsumschwung nach oben gegeben, das sagt auch die Wirtschaft, sagt er.

Da freuen wir uns natürlich für ihn und all die Gutgelaunten.

Wie wird die Stimmung wohl auf die CDU-Ortskräfte in Jena durchschlagen? Das möchten wir natürlich wissen, es soll ja niemand sagen, wir würden nur negative Laune verbreiten wollen.

Also fragten wir bei der Stadtratsfraktion und dem Verband: „Da der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Merz sowie andere CDU-Spitzenkräfte den Stimmungsaufschwung im Lande bekunden, bitten wir um die Mitteilung, wie die Jenaer CDU diese positive Stimmung erlebt, sowohl innerhalb der Partei als auch im Kontakt mit anderen Bürgern.“

Darauf erhielten wir keine formale Antwort, aber implizit ist klar, dass die CDU zu gut gelaunt ist und sich gern in der Menge badet wegen des großen Zuspruchs, als dass Zeit bliebe für die Beantwortung von Trivialfragen. ●



Die Buchmesse der anderen

Neben dem kulturellen und medialen Leitbetrieb gibt es noch einen freien, unabhängigen, den man sich so vorstellen kann wie den früheren, bevor er gleichgefördert und durchkorrumpiert wurde, mit ähnlichen Verhaltensweisen, nur kleiner, was aber für den herrschenden Zirkus reicht, sich gekränkt zu fühlen und in der aus der Allmachtsphantasie gespeisten Menschenwürde verletzt, weshalb gegen die Buchmesse in Halle gehetzt, zivilgesellschaftet und aktiviert wird.

Wir baten daher die Pressestelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz um die Mitteilung, ob die Proteste gegen die Buchmesse in Halle und die Bemühungen, sie zu verhindern, wegen der Feindschaft gegen die Rechte aus Art. 5 GG, in Verbindung mit Menschenwürde, als verfassungsschutzrelevant beobachtet werden und ob dies den Parteien, die damit in Bezug stehen, zugerechnet wird.



Wir erhielten zur Antwort, „*vielen Dank für Ihre Anfrage und das damit verbundene Interesse an der Arbeit des BfV. Wir bitten um Verständnis, dass das BfV grundsätzlich, über den Verfassungsschutzbericht hinaus, nicht öffentlich Stellung zu konkreten Einzelveranstaltungen nimmt oder diese bewertet.*“

Das war, zufällig, an dem Tag der

verschobenen Wahl der Verfassungsrichter, da sind Sicherheitsdienstler besonders wachsam, ob es mal wieder andersherum kommt. Kommt es nicht, aber die Wachsamkeit verlassen sich nun mal nur auf das, was sie unter Kontrolle haben. Darum lassen sie offen, wie sehr sie sich wendefähig zeigen, um eventuell wieder übernommen zu werden. ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Besteht eine Bringschuld der Gesellschaft bei der Integration der Grünen?

Die Thüringer Grünen schicken laut Meldungen einen Brandbrief an die Parteiführung mit einem verzweiferten Hilfeschrei, nachdem sie bei Wahlen nicht so erfolgreich waren, wie sie sich ausgerechnet hatten.

Außerhalb der Städte Erfurt, Weimar und Jena sei es gefährlich geworden. Nicht nur das, sie seien im Wahlkampf, wo sie sich ja als Grüne zu erkennen geben mussten, beleidigt oder angespuckt worden. „Immer mehr Mitgliedern fällt auf, dass ‚Grün-Sein‘ in Thüringen bedeutet, Steine im beruflichen und alltäglichen Handeln in den Weg gelegt zu bekommen. Angst fängt an, sich breitzumachen“, heißt es in dem Brief, böse Zungen könnten meinen, das ist genau das „Leben schwermachen“, das sie für andere politische Kräfte vorgesehen hätten.

Die Landbevölkerung ist gegenüber den Städten im Rückstand, was die Überwindung von der Arbeit anbelangt, da fehlen Überschneidungen mit den Grünen.

Austausch und Präsenz fordern die Briefverfasser, anderenfalls würde es bedeuten, „dass wir als Partei die bewusste Entscheidung treffen, die östlichen Bundesländer aufzugeben“.

Anspucken ist asozial und unzivilisiert, niemand muss sich von irgendjemandem oberhalb eines Lamas bespucken lassen. Wir gehen mal zugunsten der Grünen davon aus, dass der Begriff Anspucken bei ihnen keine andere Bedeutung hat.

Bringschuld und Holschuld heißt im juristischen Sinne eigentlich, wann eine Leistung als erbracht gilt und der Anspruch erlischt, im Politischen wird mit dem Ausdruck Bringschuld bezeichnet, wer etwas zu leisten hat. Da dachten wir uns, darüber befindet doch am besten die Bundeskanzlerin a.D., wir fragten beim Büro von Angela Merkel an, ob die Kanzlerin a.D. eine Bringschuld der Gesellschaft bei der Integration auch der Grünen sieht.

Die überlegen noch, wie sie die Kanzlerin interpretieren, ohne sie direkt zu fragen.

Es wäre schließlich richtungsweisend und würde festlegen, was den Maßstab wofür darstellen soll.

Der Grünen-Führungsspitze indes rufen wir zu: Ändert nichts! Das wäre ein Zugeständnis an die steuerbordfinsternen Kräfte!

Was wären das denn für Antifaschisten, wenn sie vor ihren eigenen Methoden, bei anderen,

einknicken würden. Die müssen Gesicht zeigen und für den Kampf gestählt werden. Sie können zur Erholung in die Städte und es kommen ein paar Großstanten gegen steuerbord zum Landeinsatz.

Es wäre auch ein Zeichen von Führungsschwäche der Doppelspitze, wenn sie ihr regionales Personal nicht im Griff hätte. Nein, die Grünen-Führung muss auch mit ihren unteren Rängen so umgehen wie die Partei mit Volk, Bevölkerung und Bürgern. ●

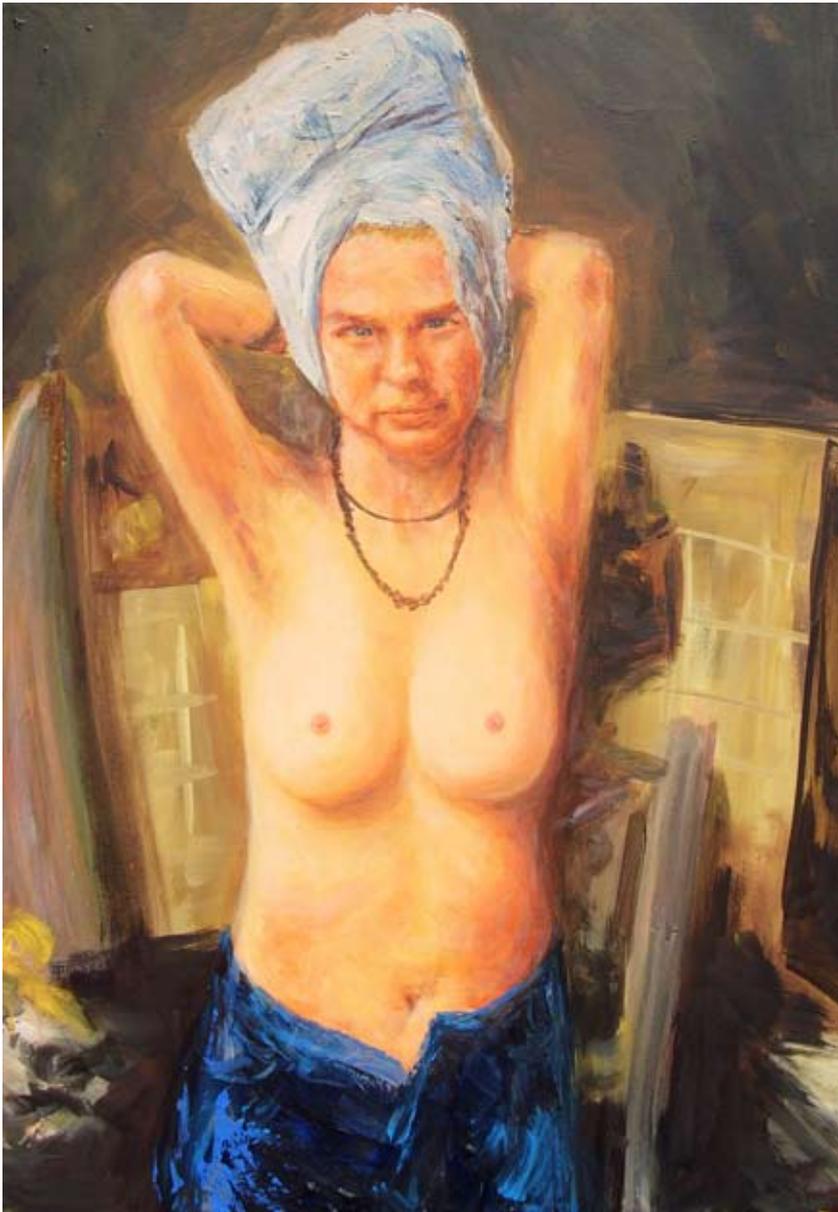


Jenaer Impressionen



Reklame

Originale kaufen, solange sie noch günstig sind



www.atelierno8.de

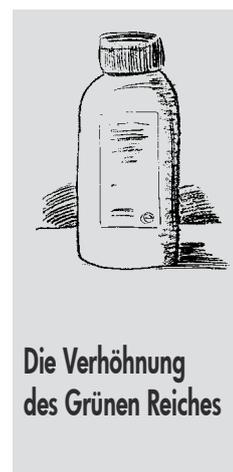
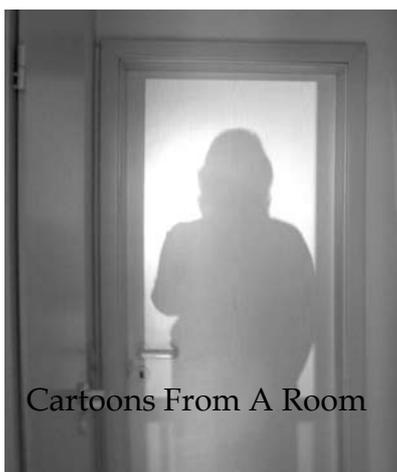


www.buchhaus-loschwitz.de



www.solibro.de

Neue Cartoon-Sammlung „Die Verhöhnung des Grünen Reiches“ und andere Klassiker als kostenloses Gratis-PDF zum Umsonst-Herunterladen geschenkt für 0,- Euro auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern



Ende der Reklame



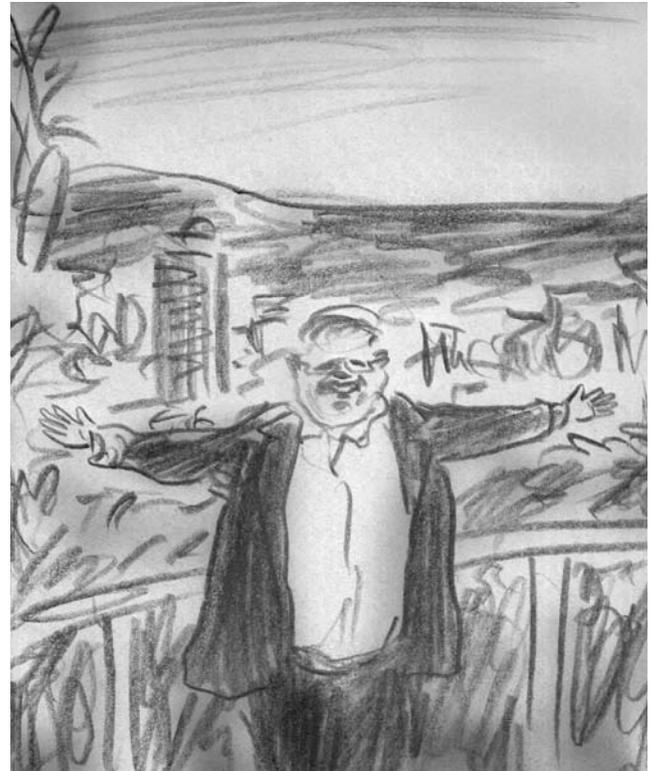
Die Zeit der klaren Meinung ist jetzt



Zugegeben, die Meldungen, dass wieder jemand eine klare Meinung hat, häufen sich. Daran sind wir Redakteure nicht ganz unschuldig, denn wir vermitteln die Meldung. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die klare Meinung gerade jetzt so wertvoll ist wie selten. Darum ist es unser guter Vorsatz für das neue Halbjahr, mit klarer Meinung und allem, was dahintersteckt, den Klartext zu befüllen.

Darum hört man so wenig vom Antikorruptionsbeauftragten

Wir haben Gleichstellungsbeauftragte, Klimaschutzkoordinator, Klimafolgenanpassungskoordinator, Klimaagentur, Antidiskriminierungsstelle, aber einen Antikorruptionsbeauftragten? Doch, den gibt es auch. Man hört nur nichts von ihm, weil er weitaus weniger zu tun hat als jemand, der sich mit Antidiskriminierung oder Klimaneutralitätsschutz zu befassen hat, einfach aus Mangel an Korruption. Forderungen nach einer Abschaffung des Postens sind jedoch nicht zielführend wegen der nötigen Feststellung des Nichtvorhandenseins der Korruption, gleichwohl bedarf es keiner Vermehrung der Stellen für Antikorruptionskoordination oder Korruptionsfolgenanpassung.



Fast ohne Geschäftsbereich: Beauftragter gegen Korruption

Vorschläge gefragt: Was kann noch von den Leuten bezahlt werden müssen, wofür sie dann beschimpft werden?



Der Startschuss für das Rennen um die besten Ideen startet in die nächste Runde. Steuermittel in Hülle und Fülle stehen bereit für Projekte, die für eine Haltung Zeichen setzen, die für die einen selbstverständlich ist und von den anderen als abgelehnt zugeordnet werden kann. Wo die Kreativität ihren Platz findet, steht auf den Plakaten.

Obergrenze für Quotenfrauen sorgt für Diskussionsstoff bei erhitzten Gemütern

Von der erregt geführten Debatte bleibt auch unsere Redaktion nicht verschont, zumal uns Leserbriefe erreichen, die an Enthemmung nichts zu wünschen übrig lassen. „Qualifikation kennt keine Quoten“ ist da nur ein wirres Beispiel, bei dem wir uns fragen, welche Haltung dahintersteckt. Etwas mehr Gelassenheit im Umgang mit anderen Meinungen würde uns allen guttun, Quoten Grenzen hin oder her.

